

Schulden abschreiben, Zukunft gewinnen!

Offener Brief Die Instrumente der Europäischen Zentralbank müssen genutzt werden, um den Wiederaufbau nach Corona zu stützen. Dazu gehört auch eine Abschreibung von Staatsschulden Nicolas Dufrêne, Jean-Michel Servet, Thomas Piketty & andere

Die von der EZB gehaltenen Staatsschulden abschreiben und die Kontrolle über unser Schicksal wiedererlangen

Die Debatte über den Schuldenerlass der EZB hat in jüngster Zeit in Frankreich, aber auch in Italien, Luxemburg, Belgien sowie auf den Fluren europäischer Institutionen bis hin zur EZB selbst sowie den Finanzministerien der Eurozone an Dynamik gewonnen.

Dies ist eine nützliche und gesunde Debatte. Zum ersten Mal seit geraumer Zeit stehen Geldfragen wieder im Mittelpunkt der öffentlichen Debatte. Geld ist kein abstraktes Konstrukt mehr, das der kollektiven Beratung entzogen und einer Zentralbank anvertraut wurde, die zwar von der politischen Macht unabhängig ist, nicht aber von den Finanzmärkten. Die europäischen Bürger stellen zum Teil mit Bestürzung fest, dass fast 25% der europäischen Schulden jetzt von ihrer eigenen Zentralbank gehalten werden. 25% unserer Schulden schulden wir mit anderen Worten uns selbst, und wenn wir diesen Betrag zurückerstatten wollen, müssen wir dieses Geld woanders finden, entweder indem wir im Rahmen einer Umschuldung erneut Kredite aufnehmen, um die alten Schulden abzuzahlen anstatt zu investieren, oder indem wir Steuern erhöhen, oder indem wir die Ausgaben senken.

Es gäbe jedoch eine andere Lösung. Als Ökonomen, Verantwortungsträger und engagierte Bürger verschiedener Länder ist es unsere Pflicht, darauf aufmerksam zu machen, dass die EZB den europäischen Ländern unverzüglich die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen könnte, nicht nur ihren ökologischen Umbau zu finanzieren, sondern auch die von der aktuellen schrecklichen Gesundheitskrise verursachten schweren sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Schäden zu reparieren.

Es wird hier nicht behauptet, dass Staaten tatenlos zugeschaut hätten, da Schutzmaßnahmen ja tatsächlich ergriffen wurden. Sie sind jedoch weitgehend unzureichend geblieben. Der europäische Aufbauplan, der auf einem Budget von nicht einmal 300 Milliarden Euro an Subventionen über drei Jahre basiert, bleibt hinter den vom Europäischen Parlament geforderten 2 Billionen Euro weit zurück. Muss ausdrücklich daran erinnert werden, dass der Europäische Rechnungshof bereits vor der Gesundheitskrise im Jahr 2018 einen Mindestbedarf von 300 bis 400 Milliarden Euro an zusätzlichen Investitionen pro Jahr zur Finanzierung des ökologischen Wandels in Europa angegeben hatte? Dieses Ziel wird ohnehin schon komplett verfehlt, und umso mehr aufgrund der Pandemie.

Wir nehmen die Abschreibung öffentlicher Schulden – auch wenn sie von der EZB gehalten werden – nicht auf die leichte Schulter. Wir sind uns bewusst, dass Schuldenerlasse Momente eines grundsätzlichen Neuanfangs sind. Dies war der Fall bei dem Londoner Schuldenabkommen von 1953, als Deutschland zwei Drittel seiner Schulden erlassen wurden, was ihm eine gesunde ökonomische Entwicklung hin zu seinem zukünftigen Wohlstand erlaubte und gleichzeitig seine Zukunft innerhalb der Europäischen Union fest verankerte. Aber erlebt die Europäische Union heute nicht genau eine solch aussergewöhnliche Krise, die wiederum außergewöhnliche Maßnahmen erfordert?

Darüber hinaus haben wir das Glück, einen Gläubiger zu haben, der keine Angst haben muss, sein Geld zu verlieren: die EZB. Unser Vorschlag ist daher ganz einfach: Lassen

Sie uns ein Abkommen zwischen den europäischen Staaten und der EZB schließen. Die EZB schreibt die Schulden, die sie hält, ab (oder wandelt sie in unbefristete zinslose Schulden um), und die europäischen Staaten verpflichten sich im Gegenzug zu einem sozialen und ökologischen Sanierungsplan in derselben Höhe. Diese Beträge belaufen sich europaweit heute auf fast 2,5 Billionen Euro – genug, um endlich die Erwartungen des Europäischen Parlaments zu erfüllen und vor allem das allgemeine Interesse zu wahren.

Die EZB kann sich dies ohne Zweifel leisten. Wie viele Ökonomen selbst unter den Gegnern dieses Vorschlags bereitwillig anerkennen, kann eine Zentralbank problemlos mit negativem Kapital operieren. Sie kann sogar Geld schaffen, um diese Verluste auszugleichen. Dies ist im Protokoll 4 im Anhang des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union vorgesehen. Entgegen den Behauptungen einiger Verantwortlicher – insbesondere in der EZB – ist ein Schuldenerlass in den EU-Verträgen gesetzlich nicht ausdrücklich verboten. Zum einen können international alle Finanzinstitutionen Schulden abschreiben, und die EZB stellt keine Ausnahme dar. Und zum anderen kommt das Wort "Abschreibung" weder im Vertrag noch im Protokoll über das Europäische System der Zentralbanken (ESCB) vor. Vielleicht stünde dies im Widerspruch zum "Geiste des Vertrags", aber war dies nicht auch bei der von Mario Draghi gewünschten quantitativen Lockerung der Fall? Lassen wir uns nicht von rechtlichen Irrtümern ablenken: Am Ende zählt nur der politische Wille. Wo politische Einigungen getroffen werden, finden auch die rechtlichen Schwierigkeiten eine Lösung. Dies hat uns die Geschichte immer wieder gezeigt.

Lassen Sie uns schlussendlich klarstellen: selbstverständlich kann und soll die Abschreibung der von der EZB gehaltenen öffentlichen Schulden, selbst wenn sie unter der Bedingung massiver Reinvestitionen steht, nicht zum A und O aller Wirtschaftspolitik in der Eurozone gemacht werden. Erstens würde die EZB selbstverständlich nicht selbst investieren, sondern nur intervenieren, um den Regierungen finanziellen Spielraum zu verschaffen. Manche sind der Überzeugung, dass die geringen oder gar negativen Zinssätze in ganz Europa ausreichen, um die Staaten zu einer Politik der kreditfinanzierten Investitionen zu ermuntern. Der kontinuierliche Rückgang der durchschnittlichen Staatsverschuldung in der Europäischen Union zwischen 2015, dem Zeitpunkt des ersten Auftauchens negativer Zinssätze, und dem Ausbruch der Gesundheitskrise zeichnet ein anderes Bild. Tatsächlich haben viele Staaten trotz negativer Zinssätze Schulden abgebaut, anstatt Kredite aufzunehmen und zu investieren. Warum sollte sich das jetzt ändern? Das Abkommen mit der EZB würde die Staaten daran hindern, sich ihren Pflichten zu entziehen. Dies reicht natürlich nicht aus. Andere Maßnahmen müssen folgen, zum Beispiel eine Reform der Schulden- und Defizitkriterien, des ökologischen und solidarischen Protektionismus, Steuerreformen zur Verringerung der Ungleichheit und zur Veränderung des Verhaltens, Förderung öffentlicher Öffentliche Investmentbanken und eine Reform der Vorschriften für staatliche Beihilfen. Auch ist eine neue europäische Politik nötig, insbesondere der Übergang zum Prinzip der qualifizierten Mehrheit in Steuerfragen.

Die Europäische Union kann es sich nicht länger leisten, sich systematisch durch ihre eigenen Regeln selbst zu behindern. Andere Staaten der Welt, wie China, Japan oder die Vereinigten Staaten, setzen die Geldpolitik so weit wie irgend möglich zur Unterstützung ihrer Fiskal- und Haushaltspolitik ein. Die Bank of Japan geht sogar so weit, ihre Möglichkeit der Geldschöpfung zu nutzen, um Aktien über börsennotierte Indexfonds (ETFs) direkt vom Markt zu kaufen, und wurde so zum größten Investor des Landes. Auch wir müssen darüber nachdenken, die Möglichkeit der Geldschöpfung durch die

EZB zu nutzen, um den ökologischen und sozialen Wiederaufbau zu finanzieren. Und das muss mit demokratischer Kontrolle geschehen. Die Abschreibung der von der EZB gehaltenen öffentlichen Schulden im Austausch gegen staatliche Investitionen wäre ein erstes starkes Signal dafür, dass Europa sein Schicksal wieder selbst in die Hand nimmt.

Initiateurs

Nicolas Dufrêne, haut fonctionnaire et directeur de l'Institut Rousseau;

Laurence Scialom, professeure à l'université Paris-Nanterre, EconomiX;

Jézabel Couppey-Soubeyran, maîtresse de conférences à l'université Paris-I-Panthéon-Sorbonne;

Baptiste Bridonneau, doctorant à l'université Paris-Nanterre, EconomiX;

Gaël Giraud, directeur de recherche au CNRS, président d'honneur de l'Institut Rousseau;

Aurore Lalucq, économiste, cofondatrice de l'Institut Veblen;

Liste des signataires

France

Adeline Baldacchino, essayiste et haute fonctionnaire;

Yves Besançon, économiste, professeur de sciences économiques et sociales, ancien attaché de l'Institut national de la statistique et des études économiques (Insee);

Jérôme Blanc, professeur à sciences Po Lyon;

Nicolas Bouleau, professeur émérite à l'École des Ponts ParisTech, spécialiste des marchés financiers :

Matthieu Caron, maître de conférences, université polytechnique des Hauts-de-France;

Michel Crinetz, commissaire-contrôleur général des assurances honoraire;

Véronique Danet, cadre du secteur bancaire;

Ludovic Desmedt, professeur à l'université de Bourgogne;

Gilles Dufrénot, professeur à l'université Aix-Marseille, chercheur associé au CEPII;

Denis Dupré, enseignant-chercheur à l'université Grenoble-Alpes;

Guillaume Duval, ancien journaliste économique;

Etienne Espagne, économiste;

Marie Fare, maîtresse de conférences à l'université Lumière Lyon 2;

Jean Gadrey, économiste, ancien professeur à l'université Lille-I;

Ezzedine Ghlamallah, entrepreneur et chercheur en Sciences de gestion;

Isabelle Guérin, Institut de Recherche pour le Développement;

David Guilbaud, haut fonctionnaire;

Jean-Marie Harribey, maître de conférences à l'université Bordeaux-IV, Co Président d'Attac;

Luc Jacob, relations publiques monnaies et théories nouvelles;

Esther Jeffers, professeure à l'université de Picardie;

Pierre Khalfa, Fondation Copernic;

Ano Kuhanathan, économiste, membre du Conseil Scientifique de l'Institut Rousseau;
Valérie Lafargue, chargée de relation publiques pour Monnaie Dettes;
Thomas Lagoarde-Segot, économiste, KEDGE BS &, SDSN France;
Anice Lajnef, Ancien financier, entrepreneur;
Gaétan Le Quang, maître de conférence à l'université de Lyon 2;
Caroline Lequesne Roth, maîtresse de conférences à l'université Nice Sophia Antipolis;
Dominique Méda, professeur à l'université Paris-Dauphine-PSL, directrice de l'Institut de recherches interdisciplinaires en sciences sociales;
Jacques Millery, professeur à l'EM Normandie;
François Morin, professeur émérite à l'université de Toulouse, ancien membre du conseil général de la BDF;
Olivier Passet, directeur des synthèses au groupe Xerfi;
Thomas Piketty, directeur d'étude à l'EHESS, professeur à l'école d'économie de Paris;
Dominique Plihon, professeur à l'université Sorbonne Paris Nord, membre des Economistes atterrés;
Jean-François Ponsot, professeur à l'université Grenoble Alpes;
Marc Pourroy, maître de conférences à l'université de Poitiers;
Christophe Revelli, professeur à Kedge Business School;
Catherine Samary, ancienne Maître de conférence à l'Université Paris Dauphine, membre du conseil scientifique d'Attac;
Patrick Saurin, syndicaliste Sud Solidaires BPCE;
Claude Simon, professeur émérite de l'ESCP;
Yamina Tadjeddine, professeure à l'université de Lorraine BETA;
Bruno Théret, directeur de recherche à l'Institut de recherche interdisciplinaire en socio-économie (IRIS, université Paris-IX-Dauphine);
Ariane Tichit, maîtresse de conférences à l'Université d'Auvergne;
André Tiran, professeur à l'université Lyon 2;
Jérôme Trotignon, maître de conférences à l'université Lyon 3;
Christian Wandebrouck, économiste et chercheur à l'Institut Rousseau;
Oriane Wegner, spécialiste de régulation financière et membre de l'Institut Rousseau;
Jean-Claude Werrebrouck, professeur honoraire à l'université de Lille 2;

Italie

Nicola Acocella, professeur émérite à l'université Roma La Sapienza;
Piergiorgio Ardeni, professeur à l'université de Bologna;
Leonardo Becchetti, professeur à l'université Rome Tor Vergata;
Fabio Berton, professeur à l'université de Turin;
Maria Luisa Bianco, professeur à l'université degli Studi del Piemonte Orientale;
Ines Ciolli, professeur associé à l'université Sapienza de Rome;
Bruno Contini, professeur émérite à l'université de Turin;
Terenzio Cozzi, professeur émérite à l'université de Turin;

Claudio de Fiores, Università degli studi della Campania Luigi Vanvitelli;
Mauro Gallegati, professeur à l'université politecnica delle Marche;
Enrico Grazzini, économiste et auteur;
Anna Rita Germani, économiste, professeur à l'université Roma La Sapienza;
Ugo Marani, professeur à l'université de Naples Federico II;
Edmondo Mostacci, professeur à l'université de Gênes;
Guido Ortona, professeur honoraire à l'université del Piemonte Orientale;
Riccardo Realfonzo, professeur à l'université del Sannio;
Fiammetta Salmoni, professeur à l'université degli Studi Guglielmo Marconi à Roma;
Alessandro Somma, professeur à l'université Roma La Sapienza;
Mario Tiberi, économiste et professeur à l'université Roma La Sapienza;
Antonella Tropeano, professeur à l'université de Macerata;
Giovanni Vaggi, professeur à l'université de Pavia;

Allemagne

Thomas Dürmeier, économiste, co-fondateur du réseau d'économistes Netzwerk plurale Ökonomie;
Joseph Huber, économiste, chair of economic and environmental sociology à l'université Martin Luther, Halle-Wittenberg;
Roland Kulke, économiste, conseiller pour la fondation Rosa Luxembourg;
Oliver Schlaudt, enseignant-chercheur au département de philosophie, université de Heidelberg;
Michael Tellmann, ancien membre du CA d'une banque publique de développement allemande;
Axel Troost, économiste, conseiller pour l'Institut d'analyse sociale de la Fondation Rosa Luxembourg;
Peter Wahl, membre du Conseil Scientifique d'Attac Allemagne;

Irlande

Ciaran MacanBhaird, professeur à la Dublin City University;
Brian Lucey, professeur à Trinity College, Dublin;
Samuel Vigne, professeur à Trinity College, Dublin;
Ray Walsh, directeur de l'European Observatory on ICT Standards (EUOS), professeur à la Dublin City University;

Belgique

Olivier Bonfond, économiste au CEPAG, co-président du CADTM Belgique;
Philippe Defeyt, économiste, président de l'Institut du Développement Durable (IDD);
François Denuit, docteur en sciences politiques et sociales, collaborateur scientifique à l'Université Libre de Bruxelles;

Xavier Dupret, économiste, Fondation Joseph Jacquemotte;
Patrick Dupriez, président d'Etopia, centre de recherche en écologie politique;
Kim Fredericq-Evangelista, économiste;
Paul Magnette, professeur de sciences politiques, ancien ministre de l'énergie et du climat;
André Peters, sociologue de la monnaie;
Olivier De Schutter, rapporteur spécial à l'ONU, professor at the Institute for interdisciplinary research in legal sciences, university of Louvain (UCLouvain);
Jean-François Tamellini, secrétaire général de la FGTB wallonne;
Eric Toussaint, docteur des universités de Liège et de Paris VIII, porte-parole du Comité pour l'Abolition des dettes illégitimes (CADTM);

Espagne

Daniel Albarracín Sánchez, économiste, conseiller de la chambre des comptes d'Andalousia;
Juan Francisco Albert, personal investigador en formación de la Universidad de Valencia;
Nacho Álvarez, Economist, secretary of State for Social Rights in spanish government;
Iñaki Arto, Research Professor, Basque Centre for Climate Change;
Lorena Cabrerizo, economista;
Oscar Carpintero, Profesor de Economía Aplicada, Universidad de Valladolid;
Manuel Escudero, PhD por la LSE y Presidente del Centro de Desarrollo de la OCDE;
Jorge Fabra Utray, economista y Doctor en Derecho, es Presidente de Economistas Frente a la Crisis;
Sonia Farre, ex – diputada, experta en deuda;
Eladio Febrero, Profesor Titular de Teoría Económica, Universidad de Castilla-La Mancha;
Antonio González, Secretario General de Empleo del Gobierno de España (2006-2008) y Vicepresidente Segundo de Economistas Frente a la Crisis;
Carles Manera, Catedrático de la universidad de Islas Baleares, miembro de EFC;
Agustín José Menéndez, Universidad Complutense, Madrid;
José Moisés Martín Carretero, economista y consultor;
Cristina Monge Lasierra, politóloga y experta en gobernanza para la transición ecológica;
Cristina Narbona, economista, es vocal de la Junta Directiva de “Economistas Frente a la Crisis”;
Carlos Ochando, profesor de Política Económica, Universidad de Valencia, Director Máster en Política Económica y Economía Pública de la Universidad de Valencia;
Isabel M. Pajares, economista;
Manuel Garí Ramos, économiste, UPM Madrid;
Jordi Roca Jusmet, Universitat de Barcelona;
Fernando Rodrigo, sociólogo y miembro de la Junta Directiva de EFC y de la Fundación Transición Verde;

Jordi Sevilla, economista;

Juan Torres López, Catedrático de Economía Aplicada de la Universidad de Sevilla;

Jorge Uxó, Profesor Titular de Macroeconomía, Universidad de Castilla - La Mancha;

Luxembourg

Serge Allegrezza, économiste, haut fonctionnaire;

Muriel Bouchet, économiste;

Vincent Hein, économiste;

Stéphanie Ravat, CGFP et CHFEP;

Michel-Edouard Ruben, économiste;

Suisse

Christian Arnsperger, professeur à l'université de Lausanne;

Solène Morvant-Roux, professeure assistante à l'Université de Genève et membre du conseil scientifique de la fondation Zoein;

Sergio Rossi, professeur à l'université de Fribourg;

Pierre de Saint Phalle, professeur à l'université de Lausanne;

Jean Michel Servet, professeur à l'Institut des hautes études internationales et du développement;

Suède

Rachelle Belinga, chercheuse pour le Mistra Center for Sustainable Markets à la Stockholm School of Economics;

Portugal

Francisco Louça, économiste à l'université technique de Lisbonne;

Grèce

Costas Lapavitsas, économiste à la SOAS à Londres;

Nicolaos Theodossiou, professeur à l'université Aristotle of Thessaloniki, Chair of SDSN Black Sea;

Angleterre

Steve Keen, professeur à l'université de Kingston à Londres;

Hongrie

Andor Laszlo, ancien commissaire européen, économiste;